Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis: 1.90 Rm. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebiets 10 Pfg. mehr, bei Zustellung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn.
Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 22 mm breit) 4 Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Ausführungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalle Gewährung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 31 — Dienstag den 6. Februar 1934 nachmittags — 93. Jahrgang

Heute Regierungserklärung in Frankreich

Polizei und Militär alarmiert — Truppenverstärkungen in Paris eingetroffen

Paris, 6. 2. (Funkspruch.) Das Kabinett tritt am heutigen Dienstag vor das Parlament unter Umständen und in einer Stimmung, die außergewöhnliche Maßnahmen erheischt. Der offiziöse „Petit Parisien" bestätigt die angeblich vom Innenministerium dementierte Nachricht, daß nicht nur die gesamte Pariser Polizei und die Pariser Garnison alarmiert bereit stehen, sondern daß auch aus anderen Garnisonen Truppenverstärkungen im Laufe des Montag in Paris eingetroffen sind.

An den für heute abend geplanten Kundgebungen gegen die Regierung werden sich auch verschiedene Studentenvereinigungen beteiligen, die in der erst vor kurzem gegründeten „Universitätsfront" zusammengefaßt sind.

Gegen die Entlassung des Polizeipräsidenten Chiappe hat am Montag der Pariser Gemeinderat einmütig Stellung genommen und in Erwägung gezogen, Strafen nach Chiappe und seinem ebenfalls zurückgetretenen Amtsgenossen Renard zu benennen. Der Fall Chiappe wird bei der Kammerdebatte, für die bisher 18 Interpellationen angemeldet sind, von der Opposition reichlich ausgebeutet werden. Aber selbst die Rechtspresse gibt zu, daß die Regierung eine nicht unerhebliche Mehrheit erhalten dürfte, die auf über 320 Stimmen geschätzt wird. Die Sozialisten haben noch nicht endgültig Stellung genommen, aber sie wollen durch ihren Führer Léon Blum erklären, daß die von der Regierung getroffenen Maßnahmen die Sozialisten veranlassen würden, ihre bisherige feindliche Haltung aufzugeben. Unter diesen Umständen wird Ministerpräsident Daladier, der die Aussprache bis zur endgültigen Entscheidung aufschieben will, auf die Einstellung der Sozialisten zu vielen Fragen bei der Abfassung der Regierungserklärung Rücksicht nehmen müssen. Diese Erklärung wird sehr kurz gehalten sein. Sie wird unter anderem die Wiederherstellung der Autorität und des Vertrauens als unerläßliche Vorbedingung für den Erfolg der französischen Außenpolitik bezeichnen.

Die Presse, obwohl einheitlich in der Beurteilung der Siegesmöglichkeiten, die das Kabinett in der Kammerdebatte hat, schwankt bei der Frage, ob die Regierung Bestand haben wird. Die Linksblätter reden einer autoritären Linksregierung das Wort. In dieser erblicken aber die Blätter der Opposition nichts anderes als eine Linksdiktatur, der man so schnell wie möglich den Garaus machen müsse. „Le Jour" schreibt, wir wissen wohl, daß Innenminister Frot ganz offen davon spricht, Paris, wenn es sich widerspenstig gebärden sollte, den Belagerungszustand aufzuzwingen und die Presse unter Zensur zu stellen.

Die Zusammenstöße zwischen Pariser Frontkämpfern und Polizei

Paris, 6. 2. (Funkspr.) Drei Vorstöße haben am Montag abend mehrere tausend Mitglieder des Frontkämpferverbandes Feuerkreuz gegen das Innenministerium unternommen, das durch starke Polizeistreitkräfte gesichert war. Der neue Polizeipräfekt leitete persönlich die Schutzmaßnahmen.

Der erste Vorstoß der Demonstranten wurde am Platz Beauveau kurz vor der Einfahrt in das Innenministerium abgefangen. Berittene Polizeibeamte säuberten den Platz. Die Frontkämpfer sammelten sich in den Seitenstraßen und zogen nach einem zweiten vergeblichen Versuch, die Polizeiabsperrungsketten zu durchbrechen, zum Grabmal des unbekannten Soldaten, wo sie eine Kundgebung abhielten. Hierauf rückten sie nochmals nach dem Innenministerium vor, mußten aber wiederum unverrichteter Sache abziehen, da inzwischen polizeiliche Verstärkungen herangeholt waren. Bei den Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei sind 10 Verhaftungen vorgenommen worden. Einige Polizisten und auch der kriegsblinde Abg. Scarpini erlitten leichte Verletzungen.

Bei den Zusammenstößen ereignete sich folgender Zwischenfall: Ein berittener Polizist zog seinen Säbel, als die Menge einen Angriff zu machen versuchte. Das war für die Menge das Signal zu einem wütenden Angriff, bei der die Fahnenstange der Feuerkreuzfahne zerbrach. Die Menge holte den Polizisten vom Pferde herunter, schleifte ihn vor die zerbrochene Fahne, zwang ihn, nieder zu knien und vor der entweihten Fahne um Verzeihung zu bitten.

Der Vorsitzende der Frontkämpfervereinigung Feuerkreuz hat wegen dieses Zwischenfalls an den Präsidenten der Republik ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die Entweihung der Fahne des Feuerkreuz durch die Polizei schärfster Protest erhoben wird.

Kurzer Tagesspiegel

Zu dem Beschluß Oesterreichs, den Völkerbundsrat anzurufen, wurde in Genf bekannt, daß der Schritt des Bundeskanzlers nicht vor dem 8. Februar erfolgen werde.

In Wiener diplomatischen Kreisen besteht der Eindruck, daß die Regierung Dollfuß durch ihren Schritt in Genf nur bestrebt gewesen sei, die Angelegenheit auf internationales Gebiet hinüber zu schieben, sich aber dennoch alle Möglichkeiten einer diplomatischen Regelung offen zu lassen.

Die Zahl der Todesopfer des großen Lawinenunglücks auf Korsika beträgt bisher 39. Die Rettungsarbeiten sind sehr schwierig, da der Schnee stellenweise 4 bis 5 Meter hoch liegt.

Vor den Amtswaltern des DHV, der nun die Vertretung der gesamten deutschen Angestelltenschaft ist, sprach am Montag abend im überfüllten Sportpalast der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley über den Sinn des neuen Arbeitsgesetzes.

Auf einem Kostümfest in Hamm wurden ein Bankdirektor und ein Rechtsanwalt wegen Sabotierung des Winterhilfswerks in Schutzhaft genommen.

Bei dem Empfang von Pressevertretern ließ der spanische Innenminister durchblicken, daß innerhalb der Regierung große Meinungsverschiedenheiten bestehen. In der Presse wird eine Regierungskrise für unvermeidlich angesehen.

Am heutigen Dienstag werden in Warschau Wirtschaftsverhandlungen zwischen Danzig und Polen aufgenommen.

Reichspräsident von Hindenburg hat der Witwe des Generals von Horn in einem persönlichen Handschreiben seine Teilnahme ausgesprochen. Auch der Reichsaußenminister hat sein Beileid zum Ausdruck gebracht.

Einer Havas-Meldung zufolge sind 2 Carabinieri, die vor dem Gebäude des deutschen Konsulats in Malaga Wache hielten, angeschossen und verletzt worden.

Polens Außenpolitik

Die radikale Wendung in den Beziehungen zu Deutschland

Bericht im Außenausschuß

Warschau, 5. 2. Außenminister Beck erstattete heute nachmittag im Außenausschuß des Senates den bereits seit einigen Wochen angekündigten und mit Spannung erwarteten Bericht über die Außenpolitik Polens. Der Minister wies zunächst auf die fortdauernden Schwierigkeiten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete hin, durch die nicht zuletzt eine internationale Zusammenarbeit gehemmt, und auch eine Lockerung innerhalb größerer Staatengruppen verursacht werde. Dies könne Polen indes nicht dazu berechtigen, auf seine eigene Initiative zur praktischen Stabilisierung und

Festigung des Friedens

zu verzichten. Daher habe er, der Außenminister, besonderen Wert auf die Frage unmittelbarer Beziehungen gelegt.

Ueber das Verhältnis Polens zu Genf, erklärte der Minister, Polen nehme an den Arbeiten des Völkerbundes auch weiterhin teil, obgleich schon der zweite seiner größeren Nachbarn heute außerhalb des Völkerbundes stehe. Ueber eine etwaige Reform des Völkerbundes werde zwar viel gesprochen, aber bislang fehle es noch an einem greifbaren Entwurf hierfür. Eine zweite Frage sei die Abrüstungskonferenz und deren bisheriges betrübliches Schicksal. Beck erwähnte hierbei die beiden neuen, seiner Meinung nach sehr beachtlichen Vorschläge, die in den Abrüstungsdenkschriften Englands und Italiens enthalten seien. Das Abrüstungsproblem berühre die wesentlichsten Fragen der Sicherheit. Die unmittelbare

Festigung der Sicherheit

an der Grenze Polens mit Rußland sei etwas Positives, das durch das weitere Abkommen über den Begriff des Angreifers ergänzt worden sei.

Ueber das Verhältnis zu Deutschland

sagte der Minister wörtlich: „Das vergangene Jahr zeichnet sich durch eine radikale Wendung in den Beziehungen zu unserem westlichen Nachbarn aus. Als die Regierung des Reichskanzlers Hitler zur Macht kam, hat die Meinung in Europa allgemein die Notwendigkeit einer Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen als Folge dieser Tatsache erblicken wollen. Unsere Regierung hat diese Meinung nicht geteilt. Als ich das letzte Mal im Parlament über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren gegenseitige Rückwirkungen gesprochen habe, glauben Sie mir bitte, da habe ich nicht ausschließlich an die negative Seite dieses Ausspruches gedacht.

Bei der ersten Fühlungnahme mit dem Reichskanzler und seiner Regierung haben wir eine klare und mutige Sprache in der Behandlung unserer Beziehungen gefunden. Diese Art der Behandlung der Fragen, die vollends den Anschauungen unserer Regierungen entsprach, hat sofort die Grundlage für den Aufbau dauerhafter Formen eines gutnachbarlichen Verhältnisses geschaffen. Ein klar umrissener Gedanke gestattete auch, schnell den klaren Inhalt eines diplomatischen Dokuments zu Papier zu bringen, das durch seine Kürze, ohne an juristischer Korrektheit einzubüßen, am besten die Tendenzen beider Regierungen charakterisiert. Es ist ein neues Dokument des Friedens entstanden, eine Erklärung über die Nichtanwendung der Gewalt, das durch seine Bedeutung über die gewöhnlichen Beziehungen hinausreicht. In dem Text haben wir bereits der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß dies ein sehr wesentlicher Beitrag zur Sicherung des europäischen Friedens darstellt."

Weiter stellte der Minister mit Befriedigung fest, daß die alten Bündnisse mit Frankreich und Rumänien die Probe durch die Ereignisse bestanden hätten, was vor allem für den ihnen zugrundeliegenden positiven Geist zeuge.

Inbezug auf Danzig stellte der Minister mit Befriedigung fest, daß der bisherige Versuch, Streitigkeiten bei Prozessen durch gerechte und billige, auf einer praktischen Prüfung der Lage gestützte Abkommen aus der Welt zu schaffen, bereits günstige Ergebnisse gezeitigt habe. Zweifellos würden solche Ergebnisse auch in Zukunft zu erreichen sein. Er hege die Hoffnung, daß sich die Gedanken und Bestrebungen, die dem Abkommen vom August vorigen Jahres zugrunde lägen, zu einem dauerhaften System der Zusammenarbeit entwickeln würden.

Wegen Sabotierung des Winterhilfswerks in Schutzhaft genommen

Hamm (Westfalen), 6. 2. Zu einem bedauerlichen Zwischenfall kam es auf dem Kostümfest eines hiesigen Klubs. Einem Verkäufer von Losen der Winterhilfslotterie wurde, als er ein Los anbieten wollte, der Zutritt durch einen Bankdirektor und einen Rechtsanwalt verboten mit dem Hinweis, man wünsche nicht, daß die Festlichkeit durch Losverkäufe gestört werde; man habe keine Zeit und wolle feiern. Da ein Vermittlungsversuch des Oberbürgermeisters vergeblich blieb, erklärte dieser seinen Austritt aus dem Klub und bat die anwesenden Parteigenossen aufzufordern, das Fest sofort zu verlassen. Am Montag abend fand vor dem Klubgebäude eine Protestkundgebung statt, in der sich der Kreisleiter der NSBO in scharfen Worten gegen die Sozialreaktionäre wandte, die die Volksgemeinschaft noch nicht begriffen hätten. Zum Schluß gab er ein Schreiben bekannt, wonach Bankdirektor Steinhäuser und Rechtsanwalt Kaiser in Schutzhaft genommen worden seien.

Dollfuß geht nach Genf

Der Ministerrat beschließt Anrufung des Völkerbundes

Einleitende Schritte

Wien, 5. 2. Die österreichische Regierung hat am Montag nach mehr als fünfstündigen Beratungen beschlossen, den Bundeskanzler Dollfuß die Ermächtigung für die einleitenden Schritte zur Anrufung des Völkerbundes im deutsch-österreichischen Konflikt zu erteilen.

Technische Schwierigkeiten bei der Durchführung des Beschlusses

Wien, 6. 2. (Funkspruch.) In Besprechung des Ministerratsbeschlusses, auf Grund dessen der Bundeskanzler ermächtigt wird, den Völkerbund mit dem Konflikt zwischen Deutschland und Oesterreich zu befassen, weisen die hinter der Regierung Dollfuß stehenden Blätter auf die technischen Schwierigkeiten hin, die auf alle Fälle einige Tage Verzögerung in der Durchführung dieses Beschlusses hervorrufen werden. So schreibt die amtliche „Wiener Zeitung", in dem Augenblick, in dem Oesterreich den Völkerbund durch eine Note mit dem Zwist zwischen Berlin und Wien befasse, müßten auch die Unterlagen in mindestens zwei Sprachen beigebracht werden. Diese mehr technischen Arbeiten würden auch während der Reise des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß nach Budapest mit aller Sorgfalt behandelt werden. Auch die christlichsoziale „Reichspost" macht darauf aufmerksam, daß die endgültige Revidierung und Uebersetzung des umfangreichen Materials in das Französische und Englische einige Tage beanspruchen werde, wenn auch für die äußerste Beschleunigung dieser Arbeit gesorgt sei.

Die Pariser Blätter gegen den österreichischen Kabinettsbeschluß

Die Stimme in der Wüste

Paris, 6. 2. (Funkspr.) Einen „einfach lächerlichen Rückzug" nennt der Außenpolitiker des „Echo de Paris" den Beschluß der österreichischen Regierung, an den Völkerbund zu appellieren. Seit zwei Wochen drohe sie Deutschland damit und gestern sei der Bundeskanzler nun ermächtigt worden, den Genfer Weg, „falls er es für richtig halte" zu beschreiten. Offensichtlich fürchte der Bundeskanzler, daß der Völkerbundsrat vor aller Welt die Zersetzungserscheinungen in Oesterreich und die Ohnmacht des Bundeskanzlers ausbreiten könnte.

„Le Jour" fragt: „Wie wird der seltsame Völkerbundsorganismus auf diese Stimme in der Wüste reagieren?" Frankreich sei wohl in ihm vertreten, aber für einige Zeit lahmgelegt. Auf Mussolini könne man nicht rechnen und in London spreche man nur noch von Abrüstungsdenkschriften. In Warschau habe Außenminister Beck den Rubicon überschritten. Er habe eine Rede gehalten, die ernst sei, wegen dessen, was darin stehe, aber noch ernster durchdacht, was nicht gesagt sei. Beck habe erklärt, daß er niemals das Mißtrauen Europas gegen Hitler geteilt habe. Ueber Frankreich gleite er hinweg und Oesterreich erwähne er überhaupt nicht. Und dieser Beck werde die Genfer Sitzung leiten in der über Oesterreichs Appell beraten werde!

„Action Française" erklärt, die letzten Tage der österreichischen Republik rückten näher und näher, aber niemand rühre sich, auch Frankreich nicht.

Das „Oeuvre" stellt mit Bedauern fest, daß Frankreich heute mehr zu tun habe, als sich um Oesterreich zu kümmern.

Die Londoner Presse gegen Einberufung des Völkerbundes durch Oesterreich

London, 6. 2. (Funkspruch.) Der gestrige Beschluß des österreichischen Kabinetts, den Völkerbund anzurufen, findet in der Presse allgemeine Beachtung. Die meisten Blätter sind der Ansicht,